Erscheint wöchentlich 4 Mal: Dienstag und Freitag früh, Mittwoch und Sonnabend Mittag. Pränumerations-Preis für Einheimische 18 Sgr., mit Botenlohn 19 Sgr.; Auswärtige zahlen bei den Königl. Post-Anstalten 21 Sgr. 3 Pf.

Insertionen werden bis Montag und Donnerstag Abends 5 Uhr, Mittwoch und Sonnabend bis Vormittags 10 Uhr in der Expedition angenommen, und kostet die einspaltige Corpus-Zeile oder deren Raum 1 Sgr. 6 Pf.

Thorner Wochenblatt.

№ 17. Mittwoch, den 30. Januar. 1867

Landtag.

59. Sitzung des Abgeordnetenhauses a. 28. d.

In dieser Sitzung beschäftigte sich dasselbe zunächst mit den Steuerverordnungen für das Jadegebiet. Die Kommission hatte zu der Genehmigung einen Zusatz beantragt, durch welchen der Erlaß dieser Verordnung vor Genehmigung durch den Landtag für nicht gerechtfertigt erklärt wird. Der Finanzminister erklärte Namens der Regierung, daß sie sich dem von der Kommission aufgestellten Grundsatze anschließe und auf Grund dieser Erklärung um Verzicht auf den Zusatz bitte. Das Haus ließ hierauf den Zusatz fallen und genehmigte die Verordnungen. Ueber den Rohden'schen Antrag den Zinsfuß der gerichtlichen Depositen bei der Bank betreffend, wurde nach kurzer Debatte, an der sich der Antragsteller und die Abgg. Michaelis (Stettin), Michelis (Allenstein) und v. Vincke (Hagen) betheiligten, dem Kommissionsantrage gemäß zur Tagesordnung übergegangen. Hierauf begann die Debatte über den Michaelis'schen Gesetzentwurf, die Versicherungsagenten betreffend.

— Die Kommission des Herrenhauses, welcher die Vorberathung über den Gesetzentwurf wegen Zahlung von Reisekosten und Diäten an die in Preußen gewählten Mitglieder des Reichstages des norddeutschen Bundes aus der Staatskasse überwiesen war, hat den Beschluß gefaßt, dem Herrenhause die Ablehnung dieses Gesetz-Entwurfs zu empfehlen.

— Der Gesetzentwurf des Abg. Michaelis (Stettin), den Gewerbebetrieb der Versicherungsagenten betreffend, dessen Annahme die Kommission befürwortete, wurde mit 126 gegen 104 Stimmen angenommen. Gegen denselben stimmten die Konservativen und der Abg. von Vincke-Hagen. An der vorausgehenden Debatte betheiligten sich die Abgg. Laßwitz, Michaelis und der Referent Abg. Cornely für, der Abg. v. Nordenflycht gegen den Gesetzentwurf. Das Haus genehmigte dann den Gesetzentwurf, betreffend das Vorfluthgesetz für Neuvorpommern und Rügen und ging darauf zu dem Bericht der Justizkommission über den Gesetzentwurf, betreffen das Güterrecht der Ehegatten im Bezirk des Justiz-Senats zu Ehrenbreitenstein, über. Für den Kommissionsantrag, welcher die Ablehnung des Gesetzentwurfs empfiehlt, sprachen der Referent Abg. Steltzer und die Abgg. Frech und Rohden, während der Justizminister die Annahme des Gesetzentwurfs befürwortete. Bei der Abstimmung wird der Kommissionsantrag mit allen gegen 2 Stimmen angenommen. Die Verhandlung über den letzten Gegenstand der Tagesordnung, den Bericht der Kommission zur Prüfung des Staatshaushalt-Etats über die allgemeinen Rechnungen der Jahre 1859—63, wird nach kurzer Debatte vertagt, da der Finanzminister verhindert war, der Verhandlung beizuwohnen. Nächste Sitzung Dienstag 10 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen und die Eisenbahnvorlage.

Zur Situation.

Der „Weserztg." wird von Berlin telegraphirt: „Durch Konferenzprotokoll vom 21. d. sollen die Regierungen Preußen bevollmächtigt haben, die Vereinbarungen mit dem Reichstage, namentlich über die Kompetenz des ständigen Reichstages, vorzubereiten." Auch die „Kölnische Zeitung" enthält folgende Depesche von hier: „Es bestätigt sich, daß das am Montag, den 21. Januar, in der norddeutschen Konferenz unterzeichnete Protokoll diejenigen geschäftsleitenden Funktionen, welche die Bundesverfassung der Präsidialmacht Preußen dem definitiven Reichstage gegenüber verleiht, schon jetzt, bevor die Verfassung in Kraft getreten, vorläufig Preußen dem nächsten Parlamente gegenüber übertragen hat. Abgesehen von diesem Protokoll, gilt für wahrscheinlich, daß der von mehreren Regierungen geäußerte Wunsch einer Vertretung der Bundes-Regierung neben der Präsidial-Regierung wärend der Dauer des Parlaments sich auch verwirklichen werde."

Die halboffizielle „Karlsruher Ztg." bestätigt, daß am 3. Februar zu Stuttgart eine Konferenz der vier süddeutschen Staaten, behufs Feststellung der Grundlagen einer gleichartigen Wehrverfassung derselben zusammentreten werde. Baden wird bei diesen Verhandlungen durch die Präsidenten der Ministerien des großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten und des Krieges vertreten sein.

Der „Köln. Ztg." wird berichtet: „Die identischen Noten der verschiedenen Mächte, durch welche die Anerkennung der Investitur des Fürsten von Rumänien definitiv geregelt wird, sind mit Ausnahme der russischen, die in anderer Form schon erfolgt war, vor einigen Tagen nach Konstantinopel abgegangen."

Politische Rundschau.

Deutschland. Berlin. General Freiherr v. Manteuffel hat, wegen geschwächter Gesundheit, wiederholt um seine Entlassung gebeten. Er ist daher, unter Beibehalt seiner Stellung als Generaladjutant, von dem Kommando des 9. Armeekorps und Behufs Wiederherstellung seiner Gesundheit für ein Jahr von jeder andern Dienstleistung entbunden worden. Ob er nach Ablauf dieser Zeit sein bisheriges Kommando nicht wieder übernehmen wird, scheint zweifelhaft, da sein Nachfolger Generallieutenant v. Mannsteiu noch nicht definiitiv zum kommandirenden General ernannt ist. — Die „Ref." schreibt: Den Anhängern Joh. Jacoby's, welcher sich in die Politik des passiven Widerstandes stürzen, wollen wir die Worte ins Gedächtniß rufen, durch welche ihr so hochverehrter Meister in seiner Königsberger Rede vom J. 1859 in Königsdie demokratische Partei zu einem neuen thatkräftigen Wirken zu spornen fuchte und um diesen Preis sich zur Unterstützung des altliberalen Minesteriums bereit erklärte. „Das Prinzip der Selbstbestimmung in seiner vollsten Strenge und Consequenz genommen, schließt jede Einwirkung eines fremden Willens, jedes Bestehen einer geschriebenen, den Menschen von außen bindenden Satzung aus, sagt Jacoby in diesen Reden. Eben so schließt das Prinzip der Gleichberechtigung jeder Art der Bevorzugung durch das Gesetz, jeden Vorgang des Einen vor dem Andern, mithin die constittuionelle wie die absolut monarchische Staatsform aus. Man mißverstehe dies aber nicht! Also verhält es sich in der

Zur Eisenbahnlinie Posen-Thorn-Bartenstein.

Der Bericht der vereinigten Kommissionen für Finanzen und Zölle und für Handel und Gewerbe des Abgeordnetenhauses (Berichterstatter Abg. Dr. Becker) über zwei Petitionen, betreffend die Gewährung einer Zinsgarantie für die Herstellung der Genannten, vom 19. d. Mts. lautet also:

„Die städlischen Behörden zu Thorn und die Handelskammer zu Posen haben unter ausdrücklicher Bezugnahme darauf, daß die Staats-Regierung bei der Landesvertretung für den Ausbau der Pommerschen Küstenbahn bis Danzig die Gewährung einer Zinsgarantie beantragt und für die Herstellung eines zweiten Geleises der Ostbahn einen Kredit nachgesucht hat, an das Haus der Abgeordneten die Bitte gerichtet:

> Bei Beschlußfassung über die Zinsgarantie für die Eisenbahn Cöslin-Danzig die Erwartung auszusprechen, daß die Königliche Staats-Regierung nicht nur fortan von der bisherigen Weigerung einer Zinsgarantie für die Eisenbahn Posen-Thorn-Bartenstein Abstand nehmen, vielmehr auch eine solche von höchstens 3½ pCt. zu gewähren sich bereit erklären möge.

Die Vertretung der Stadt Thorn führt zur Begründung dieses Antrags an, daß zur Herstellung der genannten Bahn weitreichende Unterhandlungen mit in- und ausländischen Unterthanen ohne Erfolg geblieben seien, daß der Herr Handelsminister das Gesuch eines Eisenbahnkomités für diese Linie um Gewährung einer Zinsgarantie abgelehnt habe und daß der Versuch, die Linie durch theilweise Zinsgarantien der betheiligten Kreise und des Staates herzustellen, von den Provinzial-Behörden gehindert worden sei, daß es also kein anderes Mittel zur Herstellung der Bahn gebe, als das, durch welches auch in anderen Theilen des Staates Eisenbahnen zu Stande gebracht seien, nämlich eine Zinsengarantie Seitens des Staates.

Die Posener Petition bezieht sich zu ihrer Begründung lediglich auf den Inhalt einer abschriftlich mitgetheilten Eingabe an den Herrn Handelsminister vom 12. Januar. In dieser Schrift ist aber nur ausgeführt, daß Stadt und Provinz Posen verschiedene Eisenbahnen nöthig haben, daß ihnen die Eisenbahnverbindung mit Thorn, so lange es keine direkte Eisenbahn zwischen Posen und Warschau gebe, schon um des Polnischen Handelswillen sehr wünschenswerth, wäre daß aber die Erfüllung dieses Wunsches von der Gewährung einer staatlichen Zinsgarantie abhänge.

Eigentliches Material, welches einen Anhalt gäbe zur Beurtheilung der Baukosten und des Ertrages einer Eisenbahn von Posen über Thorn nach Bartenstein ist weder in der einen noch in der andern Petition zu finden. Den Mitgliedern der vereinigten Kommissionen sind zwar durch das Bureau des Hauses zwei ältere Druckschriften mitgetheilt worden:

1) Rentabilitäts-Anschlag für die projektirte Eisenbahn von Thorn über Osterode nach Königsberg i. Pr. (vom 27. Januar 1859).
2) Das Thorn-Königsberger Einsenbahnprojekt in seinen Beziehungen zu dem Handel und der Industrie der Provinz (v. 3. September 1863).

Diese können aber als ein ausreichendes Material nicht angesehen werden, weil inzwischen die Strecke von Bartenstein bis Königsberg Glied einer andern Eisenbahn geworden, dagegen die Strecke von Posen bis Thorn ganz außer Betracht gelassen ist. Der in der erstgenannten Schrift angenommene Betrag der Baukosten (die Meile zu 250,000 Rthlr.) unterliegt schon deshalb, weil er hinter den wirklichen Baukosten aller in Preußen bestehenden Bahnen erheblich zurückbleibt, großen Bedenken, kann aber für die Linie Posen-Thorn-Bartenstein deshalb nicht zutreffen, weil die Ueberbrückung der Weichsel bei Thorn dabei ganz außer Betracht gelassen ist. Die Druckschrift selbst hebt hervor, daß die Baukosten deshalb nur auf eine Viertelmillion die Meile geschätzt seien, weil der kostspielige Brückenbau über die Weichsel auf der Linie Thorn-Königsberg ausfalle.

Was den Verkehr auf dieser Strecke betrifft, so ist vorläufig nur ein Lokalverkehr zu erwarten. Dieser würde noch in vielen Jahren nicht ausreichen, um die Bahn ertragsfähig zu machen. Ein durchgehender Verkehr, der wesentliche Einnahmen brächte, wäre erst zu erwarten, wenn die Bahn über Bartenstein hinaus eine Fortsetzung bis Insterburg fände, welche den Weg nach Litthauen und Rußland abkürzte, und von Posen aus die in der Richtung nach Halle führende Bahn fertig wäre. So lange das nicht der Fall ist, würde die Ostbahn, welche ohnehin auf der Linie von Königsberg über Dirschau bis Bromberg 1¼ Meile kürzer ist, als die Linie von Königsberg über Bartenstein und Thorn nach Bromberg, den duchgehenden Verkehr nach Bromberg, Küstrin, Berlin und weiter nach Westen behalten."

(Schluß folgt.)

allgemeinen, ideellen Auffassung der Sache, in der Auffassung, de unabhängig ist von irgend einer bestimten Zeit und Oertlichkeit. Andere Forderungen dagegen stellt an uns der Augenblick, die wirkliche Welt, Forderungen, denen wir nns weder entziehen können, noch wollen. Auch uns gilt des Dichter Mahnung:

„Leicht bei einander wohnen die Gedanken,
„Doch hart im Raume stoßen sich die S[illegible]en."

Im Raume, d. i. in der Wirklichkeit, wo es um die praktische Durchführung jener Grundsätze zu thun ist, wo es sich darum handelt, sie auf eine bestimmte Zeit, auf einen bestimmten Ort anzuwenden — wiedersinnig wäre es da, wollte man auf die Bedingungen dieser bestimmten Zeit und dieses bestimmten Ortes keinerlei Rücksicht nehmen." Lassen sich diese Worte nicht noch treffenderanf die Gegenwart, als auf die unbestimmte schwankende Zeit der neuen Aera anwenden? — Den Kredit, den die Demokratie damals dem Ministerium Hohenzollern-Schwerin gewährte, wird sie doch wohl mit mehr Fug und Recht dem Verfassungswirken ertheilen können, an dem die Vertreter von 28 Millionen Deutschen zu arbeiten haben, und das der Einheit des gesammten Deutschlands die Bahn zu bereiten vermag?

Oesterreich. Ungarn hatte schon einmal sein eigenes Ministerium. Es sind noch ungeheure Schwierigkeiten zu überwinden. Das Heerwesen, die Fragen der Staatsschuld und des Zollwesens sind ebenso viele Klippen, an denen das Ausgleichungswerk noch immer scheitern kann, zumal wenn es nicht gelingt, die Verfassungswirren diesseits der Leitha befriedigend zu lösen. Gelingt es der Regierung nicht, die deutschen Landtage zur Beschickung des außerordentlichen Reichsraths zu bewegen, so daß in ihm nur die Czechen und Polen das große Wort führen, so wird sich dieser in schärfster Weise gegen den Dualismus aussprechen. Andererseits darf aber Kroatien und Siebenbürgen nicht außer Acht gelassen werden. Die Kroaten wollen ebensowenig wie die Rumänen und die Sachsen etwas von der Union mit Ungarn wissen, und noch frisch im Gedächtnisse ist es, wie sich diese Nationalitäten im Jahre 1848 den ungarischen Ansprüchen gegenüber verhielten. Seitdem haben sich aber in dieser Hinsicht die Verhältnisse gewiß nicht gebessert und eine Wiederholung der damaligen Gräuelscenen liegt nicht außer dem Bereich der Möglichkeit, wenn die Regierung nicht die Macht und den Willen hat, alle diese schroffen Gegensätze zu versöhnen, und wenn anderseits der ungarische Landtag nicht mit Mäßigung vorgeht, die Ansprüche der übrigen Nationalitäten berücksichtigt und ihre Eigenthümlichkeiten schont. In Wien ist man dem Vorgeben der Regierung gegenüber noch immer voll Zweifel. Man glaubt an keinen Erfolg, zumal die Deutschen keine Miene machen, ihre Haltung zu ändern.

— Die „Presse" bespricht die Erklärung des bairischen Ministerpräsidenten Fürsten Hohenlohe in sehr mißgünstiger Weise; sie droht Baiern mit der Intervention Frankreichs, welches die in Aussicht gestellte Verletzung des Art. 4 des Prager Friedensvertrages, an dessen Zustandekommen es wesentlich mitgewirkt habe, nicht ungeahndet lassen werde, namentlich da es seine Hände in Mexiko und Rom bereits wieder so gut wie frei habe. Das genannte Blatt fährt darauf fort: „Trotzdem wir aus dem Verbande mit Deutschland geschieden sind, ist unser deutsches Nationalgefühl doch ungeschwächt, und wir würden es daher tief beklagen, wenn Deutschlaud von ernsten Verwickeluugen bedroht würde. Auch Oesterreich wäre im vollsten Rechte, wenn es dem engeren Anschluß Süddeutschlands an den Norden entgegenträte. Obschon wir nun nicht der Meinung sind, daß unser Kabinet irgendwie berufen sei, Preußens Wege zu ebenen, so glauben wir doch, daß auch in den deutschen Fragen gegenwärtig Passivität die beste auswärtige Politik Oesterreichs bilde. Oesterreich kann, wenn überhaupt, nur aus sich selbst wieder werden, was es dereinst war. Insbesondere würden wir jedes Bündniß Oesterreichs gegen Deutschland entschieden perhorresciren. Einstweilen kann ja jedenfalls die weitere Entwickelung abgewartet werden, denn noch haben Preußen und Frankreich, noch haben auch die süddeutschen Regierungen und Bevölkerungen das letzte Wort nicht gesprochen."

Frankreich. Die neuesten Reformen werden fortwährend in den hiesigen Blättern besprochen. Die „Patrie", die trotz aller Berichtigungen, die sie hat erdulden müssen, doch noch immer als das bevorzugte Regierungsblatt betrachtet wird, besteht fest darauf, daß nunmehr der Ausbau des Gebäudes unwiderruflich vollendet und daß mit dem neuesten Dekrete das letzte Wort in den liberalen Zugeständnissen gesprochen ist. Auch die Korrespondenz „Havas", deren für die französischen Provinzialblätter angefertigte Leitartikel aus dem Ministerium des Innern kommen, schließt ihre Beurtheilung der neuesten Wendung mit folgenden Worten: „Alle möglichen Verbesserungen sind zugestanden worden und wie immer, so hat das Staatsoberhaupt auch diesmal edelmüthig die Initiative ergriffen. Doch bleiben die Dinge innerhalb der im voraus durch die kaiserliche Verfassung gesetzten Schranken, und, damit Niemand es vergesse, schließt das Schreiben des Kaisers mit der Erklärung, daß die eben verfügten Neuerungen blos den Zweck haben, den durch eine Ruhe von fünfzehn Jahren gefestigten Boden noch mehr zu konsolidiren und das durch den Willen der Nation errichtete Gebäude zu krönen. Das sollen die feindseligen Parteien sich gesagt sein lassen. Der Kaiser regiert für Frankreich und durch Frankreich und nicht für sie." In Uebereinstimmung mit dieser Auffassung wird nun auch bereits versichert, daß das unter der Leitung des Justiz-Ministers ausgearbeitete Preßgesetz ziemlich drakonische Bestimmungen enthalten werde. Die Erlaubniß der Regierung zur Gründung neuer politischer Blätter bleibt nach wie vor nothwendig. Die Gerichte bekommen die Berechtigung z[illegible] Unterdrückung der Blätter, und eine auf diese [illegible] unterdrückte Zeitung hört auf, zu erscheinen, [illegible] wenn sie appellirt. Man sucht dem Kaiser [illegible] der Hand einzureden, er habe zu viel ge[illegible]wagt und lade sich unnöthige Schwierigkeiten auf den Hals". Andererseits erholen sich die liberalen Blätter allmälig von ihrem Unmuthe, und man meint, die Regierung werde trotz Allem durch die Verhältnisse auf dem eben betretenen Wege weitergedrängt werden.

— Als der Kaiser im Jahre 1852 den damaligen Präsidenten des Appellationshofes, Herrn Troplong, mit der Abfassung der französischen Verfassung betraute, ließ er derselben als Einleitung folgende Worte vorausgehen: „Eine Verfassung ist ein Werk der Zeit; man kann den Verbesserungen darin nicht zu viel Spielraum gewähren". Diese Einleitung ließ dem Kaiser den Weg frei, die vom Geiste der Zeit geforderten Umgestaltungen vorzunehmen. Herr Troplong leitet denn jetzt auch die Ausarbeitungen einer Denkschrift, welche den Beweis zu führen hat, daß die Regierung bei den letzten Reformen genau innerhalb der von der Verfassung vorgezeichneten Grenzen geblieben sei. Sie wird als Material dienen, um den Interpellationen im gesetzgebenden Körper Stand bieten zu können. — Aus Mexiko hat Herr Dano einen Bericht eingesandt, der von einem neuen Dekrete Maximilians spricht, durch welches allen Führern und Mitgliedern der Juaristen Geleitsbriefe angeboten werden, um frei und ungehindert in kaiserlichen Städten sich am nationalen Votum für oder gegen das Kaiserreich betheiligen zu können. Zu dem Ende ist der Termin der Abstimmung vom 1. auf den 10. Februar hinausgeschoben worden. Maximilian hatte sich entschlossen, während dieser Zeit zehn Meilen von der Hauptstadt, im Schlosse von Cuernavaca, seinen Aufenthalt zu nehmen. Das „Mèmorial Diplomatique" widerlegt heute die Nachricht der amerikanischen Blätter, denen zufolge der Kaiser Maximilian, falls der Kongreß, der am 1. Februar in Mexiko zusammentritt, sich für die Republik erklärt, als Kandidat zur Präsidentschaft auftreten wolle; wenn das Kaiserreich vor dem Kongresse keine Gnade finde, so sei er entschlossen abzudanken. Dasselbe Blatt meldet, daß die Versicherung von 200,000 M.-B., welche für Rechnung des Kaisers Maximilian in Hamburg gemacht wurde, Bezug auf die Möbel hat, welche für die Kaiserin nach Europa gesandt wurden. Mit diesen Möbeln wird das Haus möblirt werden, welches die Kaiserin Charlotte auf der Insel Lacroma beziehen soll, wenn ihr Zustand sich nicht bessert. — Herr Havin tritt im „Siécle mit dem Vorschlage hervor, Voltaire eine Bildsäule zu errichten. Das genannte Blatt wird zu diesem Zwecke eine Subskription eröffnen, an der alle Demokraten sich zu betheiligen eingeladen werden. Und damit dieser Subskription durchaus ihr demokratischer, volksthümlicher Charakter gewahrt bleibe, sollen keine Beiträge über 50 Centimes angenommen werden. Das „Siécle" hegt die Zuversicht, daß die Freunde der politischen und religiösen Freiheit in Frankreich und auch außerhalb desselben diesem Aufrufe nachkommen werden. Gleichzeitig macht das Blatt bekannt, daß es in seiner Druckerei eine neue, äußerst sorgfältige Ausgabe der gesammten Werke Voltairs in 8 großen Bänden veranstalten läßt, welche um einen „fabelhaft billigen, im Buchhandel noch nie dagewesenen Preis" an seine Abonnenten abgegeben werden wird. Der erste Band erscheint im nächsten Mai, und sämmtliche Bände kommen im Zeitraume eines Jahres heraus. Der „Avenir nationalen" schließt sich der Aufforderungen zur Errichtung einer Statue Voltaires an und fordert die Verehrer dieses großen Mannes auf, ihre Spenden dem „Siécle" einzusenden. „Wir werden sehen, fügt er hinzu, ob die Jesuiten noch mächtig genug sind, um die Errichtung einer Statue Voltaires zu hindern."

— Der heutige „Moniteur" veröffentlicht ein kaiserliches Dekret vom 25. d., durch welches der Senat und der gesetzgebende Körper zum 14. Februar einberufen werden.

Großbritannien. Wir erfahren — sagt die „Times" — von einer nicht geringeren Autorität als dem Kaiser der Franzosen selbst, daß er so eben in den Institutionen des Kaiserreichs alle Verbesserungen, deren sie fähig seien, angebracht habe und daß somit die „Krönung des Gebäudes vollendet sei." Von jetzt an hat Frankreich in Bezug auf seine Verfassung weder etwas zu hoffen noch zu fürchten. Die Zeit des Provisoriums ist vorüber. Frankreich ist nach einer Vormundschaft von 18 Jahren endlich großjährig geworden. . . . Bedenkt man die Fehlbarkeit menschlichen Urtheils und die außerordentliche Beweglichkeit französischer Institutionen, so wird man es bedauren müssen, daß diese Maßregeln mit solcher Bestimmtheit als endgültig angekündigt werden. . . . Dies Gefühl wird sich eher steigern, als schwächen, wenn wir die Natur der als endgültig dargestellten Veränderungen betrachten. Man muß ohne Frage der Stellung des Kaisers etwas zu Gute halten. Aus Rücksicht auf die öffentliche Meinung Frankreichs ist er gezwungen, seine gesetzgebende Versammlung durch allgemeines Stimmrecht wählen zu lassen, und dann sieht er sich gedrängt, ihr ein Maß des Vertrauens zu schenken, das eine so gewählte Versammlung niemals verdienen konnte. Er soll die Presse nicht belästigen und sich in die Wahlen nicht einmischen und das Feld den Fraktionen überlassen, die nur darnach streben, seine Dynastie zu stürzen. Einem Souverän in solcher Stellung muß Manches nachgesehen werden, und doch können wir trotz alledem nur ungern glauben, daß diese Verbesserung der Verfassung der letzte Schritt sei, den die große französische Nation hoffen kann, auf der Bahn zur Freiheit, Fortschritt und Selbstregierung zu machen. . . . Wir sind nicht solche Doktrinärs, anzunehmen, daß das, was uns paßt, nothwendig das Beste für unsere Nachbarn sei. Wir haben außerdem Grund, mit einigem Vertrauen auf die taktvolle Klugheit zu blicken, welche so lange die innere Regierung des Kaisers gekennzeichnet hat; aber wir müssen am Schlusse noch einmal unseren Glauben aussprechen, daß dies nicht „die Krönung des Gebäudes" ist und daß Frankreich ein weit größeres Maß von Freiheit verdient und eines Tages erlangen wird, als die sehr winzige Dosis, die, wie man ihm sagt, Alles ist, was ihm in der Gegenwart oder Zukunft zu Theil werden soll.

Rußland. Die Reorganisation der gesammten Verwaltung des Königreichs Polen, die polnischerseits noch bis zum letzten Augenblick bezweifelt wurde, ist schnell zur vollendeten Thatsache geworden. Fünf neu errichtete Gouvernements-Regierungen and 46 neue Kreisämter wurden am russischen Nenjahrstage (am 13. d. M.) fast zu gleicher Zeit in den Vormittagsstunden von 10—12 Uhr eröffnet. Der Eröffnung gingen feierliche Gottesdienste in den Kirchen aller Bekenntnisse vorher, denen die Spitzen der Militär- und Civilbehörden, die Beamten aller Kategorien, die Bürgermeister, Gemeinde-Woyts, Dorfschulzen und zahlreiche Andächtige von Nah und Fern beiwohnten. Am 15. d. M. erfolgte hier die Auflösung der bisherigen Regierungs-Kommission der Finanzen und die gleichzeitige Eröffnung der in der Stelle derselben eröffneten, dem Finanz-Ministerium in Petersburg untergeordneten Kassen-Abtheilungen. Bei der neueröffneten Finanzbehörde sollen ausschließlich Russen als Beamte angestellt werden, die hier größtentheils aus Petersburg schon eingetroffen sind. Ein Ukas vom 9. d. hebt die Oberrechnungskammer und die übrigen Kontrollbehörden, wie die Staatsschulden-Tilgungs-Kommission, die Stempelsteuer-Kontrolle und die Revisions-Abtheilungen der Finanz-Kommission und der Postverwaltnng auf und führt in Stelle der aufgehobenen Kontroll-Behörden drei Kontroll-Kammern ein, die in Warschan, Lodz und Lublin errichtet werden und dem General-Kontrolleur in Petersburg untergeordnet sind. Auf diese Weise ist die gesammte Finanzverwaltung des Königreichs ihrer Selbständigkeit beraubt und der Finanzverwaltung des Kaiserreichs einverleibt worden. — Durch Verfügung des Statthalters Grafen Berg vom 21. d. ist das in Folge des Aufstandes von 1863 errichtete Amt des General-Polizeimeisters des Königreichs nebst den von demselben ressortirenden Kreisbehörden vom 13. d. M. aufgehoben worden. Die sämmtlichen vom General-Polizeimeister verwalteten Angelegenheiten sind der Regierungs-Kommission des Innern und der geistlichen Angelegenheiten zur Vertheilung an die Gouvernements- und Kreis-Chefs übertragen, die Warschauer Polizei-Verwaltung aber bis zu ihrer demnächst erfolgenden definitiven Reorganisation unter dem General-Direktor der Regierungs-Kommission des Innern und dem Chef des hiesigen Gendarmerie-Bezirks, Ober-Polizeimeister Baron Frederiks belassen worden.

Rumänien. Bukarest, den 15 Januar. Unter den Antworten, welche der Fürst am Neujahrstage auf die verschiedenen Gratulationen ertheilte, nimmt wohl die der Deputation der israelitischen Gemeinde ertheilte Versicherung den ersten Platz ein, nach welcher in Zukunft der israelitische Kultus in Rumänien dieselbe Duldung finden soll, welche ihm in den übrigen civilisirten Staaten zu Theil wird. In Beziehung auf den Fortschritt und die Organisation des Landes ist der gute Wille eines Einzelnen wohl nicht genügend; dagegen kann der Wille des Fürsten allerdings Bürgschaft dafür leisten, daß so schmachvolle Ereignisse, wie die Judenverfolgung des letzten Sommers und die Zerstörung ihrer Synagoge, in Zukunft nicht wieder vorkommen. Er kann Bürgschaft leisten, daß Tausende von fleißigen und intelligenten Staatsbürgern nicht mehr für ihr Leben und Eigenthum zu zittern brauchen. Diese Bürgschaft aber muß dadurch verstärkt werden, daß die israelitischen Staatsbürger in Zukunft von dem Gesetz geschützt werden und daß es dem Pöbel unmöglich gemacht wird, nach Belieben eine neue Judenhetze zu veranstalten. Bis jetzt haben die im Juni v. J. mißhandelten Israeliten weder durch Bestrafung der Schuldigen eine Genugthuung erhalten, noch ist ihnen für die Zerstörung ihres Tempels von Seiten des Staates ein Schadenersatz geleistet worden, und wenn der Fürst ihnen nicht vor Kurzem aus seiner eigenen Tasche einen Vorschuß gewährt hätte, so wäre nach Verlauf von mehr als sechs Monaten die hiesige Judengemeinde nicht einmal in der Lage, mit Wiederherstellung ihres Gotteshauses auch nur beginnen zu können.

Amerika. Newyork, den 12. Januar. Ueber die Präsidentenanklage spricht sich der Korrespondent des „Newyorker Herald" in Washington folgendermaßen aus: „Mr. Ashley aus Ohio, der in der Anklageangelegenheit die Kugel zum Rollen brachte, sagt, daß das Geschäft der Zeugenvernehmung wohl nicht mit allzu großer Energie betrieben werden dürfte, und Meinungsäußerungen anderer gehen dahin, daß man die Bill wohl an allgemeiner Schwäche im Comitézimmer sterben lassen werde. General B. F. Butler hat öffentlich erklärt, der gegenwärtige Kongreß werde in Betreff der Anklage nicht handelnd vorgehen und Senator Morgan aus Newyork äußerte, er glaube nicht, daß es zur wirklichen Anklage kommen werde. Einige glauben hinwiederum zuversichtlich, daß die Frage mit der größten Entschiedenheit weitergeführt werden wird. Die wärmsten Anhänger und Freunde des Präsidenten scheinen zu hoffen und zu wünschen, daß die republikanische Majorität das Anklageprojekt zur Ausführung bringen möchte, da, wie einzelne Führer dieser Partei sagen, das Resultat derselben nur der vollständige Triumph Johnsons und der Zerfall der republikanischen Partei sein würde."

Nachrichten aus Mexiko bis zum 26. Dezember. Sämmtliche französische Truppen sollten sich in Vorbereitung zu ihrer Einschiffung in der Hauptstadt konzentriren. Der französische Transportdampfer „Rhone“ lag in Veracruz zur Aufnahme der Truppen, deren Dienstzeit abgelaufen war. Die österreichische Dampf-Yacht „Elisabeth“ aus Triest war eingetroffen, wie man muthmaßte, bestimmt, Maximilian nach Europa zurückzuführen. Der Transport der Truppen aus dem Innern nach Veracruz soll am 15. beginnen. Die Franzosen hielten das Zollamt in Veracruz noch besetzt und der Einnehmer dieses Hafens hatte den Kaufleuten angezeigt, er werde die Zölle auf die eingeführten Waaren erheben, selbst wenn sie vorher an die Franzosen bezahlt worden seien.

Provinzielles.

— Der Bürger- und Bauernfreund bringt

Ö lehrricke Waalgeschichte.

(Ostpreußisches Plattdeutsch.)

Önn Lilleputt, wat lög nicht wiet
Von Mekleborg to oler Tied,
Da wör nu jüngst tum letzte Mal
Ö allgemeene Landdagswaal.

De Derper durt önn Lilleput,
Se seene fast wie hies'ge ut;
Ok hebbe durt sehr välle Lüd
Far Börgerpflicht nich Sönn, nich Tied.

Besondersch wenn't tum Wähle geit,
Höllt hundert Utred' man bereit;
On während man tuhus rommnält,
Wart Amtmann on Baron gewählt.

Ok dittmal ging ött andersch nich;
Watt dropp gefolgt, öss förchterlich,
Hört, watt dä Herrns von äre Plätz
Gliek schnorschtracks maakde far Gesetz:

„De Bur wart ons to klook, to frie,
Von hüt fallt hö önn Schklaawerie,
On wer nich aadlich, nich Off'zier,
Kröggt bie dömm g'ringste Anlaß Schmier!“ —

Als datt Gesetz nu wurd bekannt,
Da ging groot Herzleed dorchet Land,
Da schreeg man Zeeter, schreeg Barraad!
Löw Lilleput: to spaad, to spaad!

Dromm merk: Reppt Pflicht on Recht Di ran
Tum Waaldösch, zeig Di als ö Mann!
Wer geern opp weeke Fedder ruht,
Der denk turück an — Lilleput!

Schwetz. (Gr. Ges.) Wie Ihnen bekannt, verläßt uns unser Landrath zum 1. April c. Mehrere Rittergutsbesitzer, unter diesen seine früheren entschiedenen Gegner, haben ein Comitée gebildet zur Ueberreichung einer Ehrengabe an den Scheidenden. Die einzelnen Mitglieder sammeln zu diesem Zwecke. Es herrscht allenthalben nur Liebe und Versöhnung. „Ende gut, Alles gut,“ obgleich man sich nicht verhehlt, daß bei der streng ausgeprägten politischen Richtung trotz des Strebens, Recht und Unparteilichkeit zu üben, auch Manchem wehe geschehen ist. Unser Kreis hat sich stets über schwere Steuern beklagt. Die Niederung klagt über Ueberbürdung bei der Grundsteuerveranlagung und wohl mit Recht, weil alle künstlich hergestellten Bodenverbesserungen, z. B. Rajolen, unbesteuert bleiben sollten, was nicht geschehen. Trotzdem ist bei der schlechten Ernte der Winterung, namentlich in der Niederung, wo der Erdrusch bei sehr großem Strohreichthum 1/3 Ausfall an Körnern ergiebt, und den Opfern des Krieges im vorigen Jahre, die Steuerschraube wieder stark angedreht. Dabei erregt die ungleiche Vertheilung in manchen Fällen, die man bei der langjährigen Kenntniß und Erfahrung der Beamten des Kreises unbegreiflich findet, gerechtes Erstaunen und heftige Klagen.

Königsberg. (N. E. A.) Der Mann der eisernen Consequenz, unser Abg. Dr. Johann Jacoby, hat unterm 18. d. Mts. erklärt, gar kein Mandat zum norddeutschen Parlament annehmen zu wollen. Die verwunderungsvolle Frage seines alten politischen Königsberger Freundes, Dr. Falkson in der Wählerversammlung, fünf Tage zuvor in unserer Bürger-Ressource, wie Jacoby überhaupt dazu komme ein Mandat für das norddeutsche Parlament anzunehmen, von dem er von vornherein nichts wissen wollte, ist dadurch beantwortet und somit Herrn F. jedwede Gelegenheit genommen worden, seinen Freund J. der Inconsequenz zu zeihen, nachdem dieser ihn, bei Gelegenheit eines Leitartikels in der „K. N. Z.“ (damals von A. Stobbe redigirt) in welcher F. einen Strich ziehend, eine neue Aera datirte seit den Kriegserfolgen und vollendeten Thatsachen, einen „Gothaer“ nannte. Zu solchem „Gothaismus“ bekennen sich jetzt hier nicht wenige Fortschrittsmänner, die man bisher „hervorragende“ titulirte, und deshalb die Polemik in Versammlungen und Tageblättern. Lesen wir doch nur noch heute wieder den Namen eines Mannes in der Reihe der Mitglieder des Comitees, welches den General Vogel von Falkenstein zum Candidaten für's Parlament aufgestellt — eines Mannes, sagen wir, den die Fortschrittspartei hierorts vor ein paar Jahren zu ihrem liberalen Candidaten für das preußische Abgeordnetenhaus aufstellte, wir meinen den Namen des Stadtrath Dr. Hirsch! „Ich bin links, ich bin rechts, ich bin Centrum!“ rief einst schon der homerisches Gelächter verursachende Abgeordnete für den Fischhausener Kreis, „Herr Piper-Packem“ in der Nationalversammlung aus. Wer wollte es dem Abg. für Labian, unserm Prof. John verargen, wenn er im vorigen Jahre erklärte, „da es eine eigentliche Fortschrittspartei im Abgeordnetenhause nicht mehr giebt, und Jeder stimmt, wie er gerade Lust hat, so trete ich aus dieser sog. Fortschrittspartei aus, um fortan meinen eigenen Gang zu gehen.“ Damit haben Sie ein kleines Genrebild von der Zerrissenheit der Partei, die sich auch die „demokratische“ nennt. Der Königsberg-Fischhausener ländliche Wahlkreis der vereinigten Liberalen stellte inzwischen bei der am 18. d. M. in Junkerhof zu Königsberg abgehaltenen Wählerversammlung den „geborenen Präsidenten“, den Apellationsgerichts-Vicepräsidenten von Frankfurt a. O., Prof. Dr. Eduard Simson, zu ihrem Candidaten auf, den sie bei dem gegenwärtigen Wahlmodus am sichersten durchzubringen glaubt, dem Candidaten der reaktionairen Partei, Landrath Baron v. Hüllessem gegenüber, der allerdings kein gefährlicher Gegner ist und gefährlich nur werden könnte, wenn gewisse Agitationen anzuwenden nicht verschmäht werden.

Lokales.

— **Zur Wahl für das Parlament.** Der von den Herren v. Kries ꝛc. zur Wahl für das deutsche Parlament empfohlene Herr v Sänger auf Grabowo hat nach den Zeitungsberichten früher schon die Candidatur für den Wahlkreis Wirsitz - Schubin angenommen, wodurch, im Fall seine Wahl in unserem Wahlkreis erwirkt werden sollte, hier unzweifelhaft eine Neuwahl herbeigeführt würde. Um diesen Uebelstand zu vermeiden hatte sich das deutsche Wahlcomité für den Kreis Thorn an Herrn v. Sänger mit der Anfrage gewendet, ob derselbe neben der Candidatur für Wirsitz - Schubin auch die für Thorn-Culm aufrecht erhalten wolle. Auf diese Anfrage ist dem deutschen Wahlcomité folgende Antwort des Herrn v. Sänger zugegangen:

Grabowo, den 27. Januar 1867.

Ew. Wohlgeboren erwiedere ich auf das gefällige Schreiben von gestern ergebenst:

Auf eine an mich von dem Herrn v. Kries gerichtete Anfrage, ob ich bereit sei ein Mandat für den norddeutschen Reichstag anzunehmen, habe ich dies bejahend beantwortet, sofern durch meine Candidatur eine erfolgreiche Einigung der deutschen Wähler den Polen gegenüber in Aussicht gestellt werde. Ich habe ihm aber zugleich mitgetheilt, daß ich mich — obgleich meine jetzt sehr vielfältigen Privatgeschäfte mich ursprünglich bestimmt hatten, für jetzt noch auf das Wiedereintreten in die politische Thätigkeit zu verzichten — schon vorher im hiesigen Wahlkreise zur Annahme eines Mandats verpflichtet habe, nachdem ich mich überzeugt, daß durch Aufstellung meines Namens als Wahlcandidaten wenigstens mit einiger Wahrscheinlichkeit die Gefahr auch im hiesigen Wahlbezirke gegen die Polen zu unterliegen beseitigt worden könne. Sollte meine Wahl hier wirklich reüssiren, so würde ich daher verpflichtet sein, vor Allem hier anzunehmen.

Hochachtungsvoll
v. Sänger.

Nach diesem Briefe dürften die Altliberalen im Wahlbezirke Thorn - Culm keinen Anstand nehmen sich für den Kandidaten der liberalen Partei, Herrn Justizrath Dr. Meyer zu erklären. Ein solches Verfahren steht nunmehr ohne Frage von ihrem Patriotismus zu erwarten. Die deutschgesinnten Wähler dürfen es, wir wiederholen dies Wort wieder, zu keiner engeren Wahl kommen lassen, wenn sie sich den Wahlsieg sichern wollen.

In der Versammlung polnischer Wähler am Sonntag, d. 27. im Schützenhaussaale, welcher nach Bericht der „Gaz. Toruńska“ v. 29. vollständig gefüllt war, erschieden sich dieselben für die Kandidatur des Herrn Leon v. Czarlinski-Zakrzewko, welcher in der Wahl anwesend war und von den Anwesenden auf das lebhafteste begrüßt wurde. Darauf wurden die fünf Wahlbezirke der Stadtbezirke vorgelesen und für jeden Bezirk 3 Vertrauensmänner gewählt, welche für die Kandidatur des Herrn v. Czarlinski wirken sollen

— **Kommerzielles.** In der Sitzung des Hauses der Abgeordneten am 25. d. Mts. führte der Abg. Waligorski in seiner Interpellation, betreffend den preußisch - russischen Grenzverkehr, unter Anderem auch die Beschwerde an, welche von hier ausgegangen ist. Er äußerte sich nemlich dahin: Noch eine andere Form der Brandschatzung der preußischen Handeltreibenden, welche freilich dieses Mal in konfessionellem Gewande auftritt, ist die sogenannte Judensteuer. Die Synagogen-Gemeinden in Polen haben nemlich, nach einer Verordnung vom 15. April 1837, das abnorme Privileg, sämmtliche Juden ohne Ausnahme, also auch die preußischen, die in Polen Geschäfte irgend einer Art betreiben auch wenn sie sich nur vorübergehend an einem Orte aufhalten, zu Abgaben heranzuziehen. Die Magistrate sind gehalten, bei Einziehung der Korporations - Beiträge, wenn es erforderlich ist, die Synagogen exekutivisch zu unterstützen. Die Kosten, welche auf diese Weise den preußischen Geschäftsleuten mosaischer Konfession erwachsen müssen, werden so hoch, daß ihnen hierdurch der Geschäftsbetrieb in Polen abgeschnitten wird. Diesen Uebelstand hat die Handelskammer zu Thorn bereits im Februae 1864 zur Kenntnißnahme des Herrn Handelsministers gebracht. Das Gesuch hatte damals leider keinen Erfolg, und noch am 10. März 1865 schreibt der Handelsminister an die Thorner Handelskammer, daß von einer weiteren Verfolgung der Sache ein Erfolg nicht abzusehen ist.

Der Herr Minister - Präsident ließ sich über diesen Beschwerdepunkt also aus: Was die Klagen über die Besteuerung der Juden betrifft, so können wir dagegen nichts machen. Es ist das ein Akt der Gesetzgebung. In ähnlichen Fällen ist der einzige Weg, auf dem man sich internnational helfen kann, der der Repressalie, (Heiterkeit) und dies nach dem bekannten Sprichwort, das ich nicht citiren will, zu versuchen und die russischen Bekenner des mosaischen Glaubens auch unsererseits in derselben Weise heranzuziehen, werden Sie mir nicht zumuthen. (Anhaltende Heiterkeit). Ein anderes Mittel ist mir nicht zur Hand.

— **Schulwesen.** Bei der letzten Cholera - Epidemie im Sommer v. J. ist bekanntlich an einzelnen Orten Betreffs der Vorsichtsmaßregeln in den Schulen ein sehr verschiedenes Verfahren beobachtet worden, indem an manchen Orten sämmtliche Schulen geschlossen, an anderen der Schulunterricht für kürzere oder längere Fristen sistirt resp. beschränkt, an noch anderen Orten wieder der gesetzmäßige Schulzwang auch während der Epidemie aufrecht erhalten wurde. In Folge dessen hat der Unterrichts-Minister sich veranlaßt gesehen, von der Medizinal - Abtheilung ein Gutachten über die Nothwendigkeit und Zweckmäßigkeit derartiger Maßregeln zu erfordern, und hat sich die Medizinal-Abtheilung nach sorgfältiger Prüfung gegen die Schließung der Schulen während der Cholerazeit ausgesprochen Es empfiehlt das Gutachten zwar Aufhebung des Schulzwanges während der Epidemie, ist aber der Meinung, daß bei gehöriger Lüftung der Schul - Lokale und Vermeidung von Ueberfüllung die Kinder in der Schule vor der Ansteckung sicherer seien, als außerhalb der Schule. Dieses Gutachten ist nunmehr den Provinzial - Behörden zur Beachtung empfohlen worden.

— p. p. **Musikalisches.** Die zweite Quartett-Soiree der Herren Gebr. Bauer, Schwartz und Stade fand am Sonntag Nachmittag im Artushofe statt. Die Auswahl war eine recht glückliche und interessante, da uns Werke vorgeführt wurden, die hier öffentlich noch nicht gespielt sind und die man sonst auch nur selten zu hören Gelegenheit findet. Das Haydn'sche G-dur eröffnete den Abend und fesselte die Hörer durch seine schöne Einfachheit die so gemüthlich zum Herzen spricht. Ihm folgte Beethovens Op. 16 für Fortepiano, Violine, Bratsche und Baß, ursprünglich für Obre Clarinette, Fagot und Horn geschrieben von dem Componisten aber für Streich-Instrumente und Clavier arrangirt, ein Werk welches, wenn man es auch nicht zu den tiefsten und gehaltvollsten Schöpfungen Beethovens zählen wird, doch mit allem Liebreiz der Melodie und warmen Empfindung ausgestattet ist. Den Schluß bildete das Quartett C-dur Op. 16 Nr. 6 von Mozart, Haydn gewidmet, eine überous kunstvolle grandiose Composition, vielleicht eins der schönsten und eigenthümlichsten Quartette, die der große Meister geschrieben, des Hörers Aufmerksamkeit zwar in nicht geringem Grade herausfordernd, aber doch nicht zu schwer verständlich.

Was nun die Ausführung angeht, so müssen wir von vornherein darauf hinweisen, daß diese Werke der Kammermusik eines eingehenden Studiums und langer Uebung im Zusammenspiel bedürfen, wenn sie in einer Vorführung erscheinen sollen, die den Eindruck eines geschlossenen schönen Ganzen macht. Wir stehen nicht an den Herren Gebr. Bauer unsere Anerkennung zu zollen, denn sie haben jedenfalls mit vielem Fleiß sich in die Sache hineingearbeitet und somit ein sehr gutes Ensemble erzielt; sie spielen präcise, recht rein nnd sicher; die Tempi waren gut getroffen und die schwierigen und eleganten Violin-Passagen im Mozart'schen Quartett gewährten einen wohlthuenden Eindruck. Dem Vortrage an und für sich dem Pathos und der Nüancirung, an welchen im ersten Quartett sich Manches bemängeln ließ, wurde an diesem Abend sichtlich mehr Rechnung getragen und die Wirkung würde ohne Zweifel eine entschiednere gewesen sein, wenn die Instrumente ausgiebiger wären. Wir müssen im Ganzen die Leistung als eine recht gelungene und anerkennenswerthe bezeichnen und würden sehr erfreut sein, wenn es den Herren B. möglich wäre den Quartett-Cyclus fortzusetzen und damit dem hiesigen Publikum einen Genuß zu bieten der zu den edelsten gehört. Wir sind auch überzeugt daß unser kunstsinniges Publikum mit allmälig steigender Theilnahme diese Quartett-Abende besuchen und den strebsamen Künstlern seine Theilnahme nicht versagen würd.

— **Wissenschaftliche Vorlesungen.** Nach einer Pause von 2—3 Jahren werden uns in den nächsten Wochen mehrere Mitglieder des Copernicus-Vereins das anregende Vergnügen populär-wissenschaftlicher Vorträge wieder gewähren. Dieselben, acht an der Zahl, finden vom 6. Februar ab jeden Mittwoch in der Aula von 8—9 Uhr Abends statt. Betheiligen werden sich an diesem Unternehmen die Herren: Oberlehrer Dr. L. Prowe, Westpreußen in seiner geschichtlichen Stellung zu Deutschland und Polen; — Oberlehrer Böthke, die schönen Träume der Völker; — Dr. Lindau, der Arzt im Kriege: — Gymnasiall. Dr. Boodstein, Heinrich Heine; — Dr. Brohm, die Vorgänge in Thorn vor Einführung der Reformation 1521—1556; — Kreisr. Cöler, über den Luxus; — Stadtrath Hoppe, die Bestrebungen zur Förderung der Erwerbsfähigkeit der Frauen; — Direktor Dr. A. Prowe, Thomas Buckle. — Sowol die Genannten, wie die Mannichfaltigkeit der von ihnen gewählten, interessanten Themata werden ohne Frage den Vorlesungen die größte Theilnahme der Bewohner unserer Stadt erwerben, wozu noch kommt, daß die eine Hälfte des Ertrages dem Fond zur Gründung eines Stipendiums für Abiturienten der Realabtheilung des Gymnasiums überwiesen, die andere zu einem künstlerischen, oder wissenschaftlichen Zweck verwendet werden soll.

— **Vereinswesen.** Aus Schönsee schreibt man uns, daß sich der dortige Vorschußverein, welcher im April 1865 gegründet worden, aufgelöst hat. Die Mitglieder desselben, welche durch Intelligenz und Vermögen zur Leitung des Vereins berufen waren, haben sich von derselben zurückgezogen und sind aus dem Vereine ausgetreten, obschon derselbe während seines Geschäftsbetriebes keine Verluste gehabt hat. Die Auflösung des Vereins wird von den kleineren Grundeigenthümern und Gewerbetreibenden sehr bedauert.

— **Handwerkerverein.** Heute, Mittwoch den 30. d. M., Abends 8 Uhr Vorlesung für Damen und Herren im Artushofsaale. — Am Donnerstag, d. 31. d. Abends 8 Uhr im Vereinslokale Bücherwechsel.

— **Die Notiz** über den Uhrendiebstahl in vor. Num. ist nicht ganz genau, da die Thäter nicht nach hierher aus Polen transportirt worden sind, sondern jenseits der Grenze sich im Gefängnisse befinden, um wahrscheinlich nach erfolgtem Richterspruch eine sibirische Gegend kennen zu lernen. Von einem Augenzeugen bei der Haussuchung in der Wohnung des Photographen Sieglar auf dem Alten - Schloß erfuhren wir, daß daselbst nicht blos die gestohlenen Uhren in einem Loch unter der Diele, sondern auch unter dem Bette verschiedene Diebshandwerkzeuge als Dietriche, Schlüssel ꝛc. vorgefunden worden sind.

Agio des Russisch-Polnischen Geldes. Polnisch-Papier 20—$\frac{1}{3}$ pCt. Russisch-Papier 20$\frac{1}{3}$ pCt. Klein Courant 20—25 pCt. Groß-Courant 11—12 pCt. Alte Silberrubel 10—13 pCt. Neue Silberrubel 6 pCt. Alte Kopeken 13—15 pCt. Neue Kopeken 125 pCt.

Amtliche Tages-Notizen.

Den 29. Januar. Temp. Kälte — Grad. Luftdruck 27 Zoll 10 Strich. Wasserstand 6 Fuß 1 Zoll.
Den 30. Januar. Temp. Kälte — Grad. Luftdruck 28 Zoll — Strich. Wasserstand 5 Fuß 6 Zoll.

Inserate.

Bekanntmachung.

Am 19. Februar d. J.
Vormittags 10 Uhr
sollen in dem Hause des Böttchermeisters **Markgraf** hierselbst verschiedene Betten, Kleidungsstücke, Möbel, Hausgeräthe und andere Gegenstände öffentlich meistbietend verkauft werden.

Thorn, den 24. Januar 1867.
Königliches Kreis-Gericht.
1. Abtheilung.

Schützen-Haus.

Donnerstag, den 31. Januar
Harfen-Concert.

Versammlung

zur Besprechung der Wahlen für das norddeutsche Parlament.
Sonntag, den 3. Februar Mittags 12 Uhr in Culmsee im Local des Herrn **Schmidtgall.**
Alle deutschgesinnten Wähler des Kreises ladet zu zahlreicher Theilnahme ein
das deutsche Wahlcomité des Kreises Thorn.

Auction.

Mittwoch, den 6. Februar cr. soll in dem **M. Kleemann'**schen Laden im N.-Anw. Simmel'schen Hause eine Partie Kurz- und wollene Waaren, Weiß- und Schnittwaaren auch einige Möbel öffentlich meistbietend gegen baare Zahlung verkauft werden.

AUCTION.

Montag, den 4. Februar von 9 Uhr ab, sollen **im** Speicher, Rosen- und Brückenstraßen-Ecke, **Schnitt- und Kurzwaaren,** der **J. Jankowski'**schen Concursmasse gehörig, verkauft werden.
Eduard Grabe,
Verwalter der Masse.

Gestern in der Mittagsstunde ist mein Fuhrwerk von dem jenseitigen Weichselufer durch **Friedrich Beuth** ohne mein Wissen abgeholt worden, und nicht mehr zu ermitteln; ich warne deshalb vor Ankauf desselben.
Ottlolzyn, den 29. Januar 1867.
Theodor Wolfram.

Frische Teltower Rübchen, Spickgänse mit und ohne Knochen eingetroffen bei
A. Mazurkiewicz.

In der Anzeige des Herrn G. Hoese in Nr. 15. d. Bl. muß es heißen „Wohlgewogenheit" statt „Wohlerwogenheit."
Die Expedition.

Chester-Käse, Real Edin Schottinen, abgek. Hummern, sowie div. andere Marinate vorräthig bei **A. Mazurkiewicz.**



Ein noch wenig gebrauchter fast ganz neuer eleganter **Halbwagen** und ein noch gut erhaltener **Korbwagen** stehen zum Verkauf in Thorn bei
A. Lachmann's Söhne.

Violinbogen

werden schnell und billig bezogen in der Instrumenten-Handlung von
C. Lessmann,
Kl. Gerberstr. 81.



Morgen Donnerstag, 6 Uhr Abends **frische Grützwurst** bei **Rudolph,** Breitestr. 459.

en gros. **Importirte Havannah-Cigarren** en detail.

empfiehlt in bester abgelagerter Waare zu billigsten Preisen.
Als besonders preiswerth:

Cabanas 13$\frac{1}{3}$ Thlr. pro Mille, pro 100 Stück 1 Thlr. 10 Sgr.
Trinidad 15 Thlr. pro Mille, pro 100 Stück 1 Thlr. 15 Sgr.
Hermosa 20 Thlr. pro Mille, pro 100 Stück 2 Thlr.
Globo I. 20 Thlr. pro Mille, pro 100 Stück 2 Thlr.
Perez 25 Thlr. pro Mille, pro 100 Stück 2 Thlr. 15 Sgr.
Globo II 25 Thlr. pro Mille, pro 100 Stück 2 Thlr. 15 Sgr.
Confianza 30 Thlr. pro Mille, pro 100 Stück 3 Thlr.
Intimidad 35 Thlr. pro Mille, pro 100 Stück 3 Thlr. 15 Sgr.

Diverse Marken von 35—120 Thlr. pro Mille in Originalverpackungen.
Türck. Tabak à 2—3 Thlr. pro Pfund. | Aecht. Varinas à 12 Sgr. bis 1 Thlr. pro Pfund.
Russ. und türck. Cigarreten von La ferme, Divan, Müller, sämmtlich ächt, von 4$\frac{2}{3}$ Thlr. pro Mille, 14 Sgr pro 100 Stück, ab. — Probesendungen gegen Einsendung oder Postvorschuß. Nichtconvenirendes wird zurückgetauscht.

H. Morwitz in Berlin,
59, Friedrichstraße, Ecke Leipzigerstraße.



Bei mir in Lautenburg sind 7—800 Stück bearbeitete Bauhölzer von 6 bis 10 Zoll stark; wie auch trocknes Kiefern-Klafterholz zu jeder Zeit zu haben.
S. M. Horwitz.

Zum Kochen und Backen empfiehlt sich eine darin erfahrene Frau den geehrten Damen in der Stadt und auf dem Lande. Zu erfragen Heil. Geiststraße Nr. 201 Altstadt im v. Janiszewski'schen Hause, 1 Treppe hoch, bei Frau **Kahle.**

Wapnoer Düngergyps à 10 Sgr. pr. Ctr.
Engl. Maschinen-Kohlen à 23 Thlr. pr. Last vorräthig bei **Felix Giraud.**

Sichere Hülfe für Augenkranke finden alle Diejenigen, welche sich des weltberühmten wirklich ächten **Dr. White's Augenwasser** bedienen. Es wirkt ohne alle nachtheiligen Folgen sicher, kräftig und schnell, ist mit allerhöchst fürstlichem Privilegium beliehen und kostet à Flacon nur 10 Sgr. bei dem alleinigen Verfertiger **Tr. Ehrhardt in Großbreitenbach** in Thüringen und habe ich den Herrn **Ernst Lambeck** in Thorn ermächtigt, Aufträge für mich anzunehmen.
Tausende von Lob erhebenden Briefen und Attesten aus allen Gegenden der Welt sprechen über den außerordentlich glücklichen Erfolg.

Kelydon,
neues Berliner Fleckwasser,
ist die neueste hervorragendste Erfindung der chemischen Technik und trägt bei seinen vollkommenen Eigenschaften die Garantie allgemeinster Verbreitung und Beliebtheit in sich. Es vertilgt **sofort** alle nur erdenklichen Flecke, ist **in höchstens einer halben Stunde aus den Zeugen, ohne den geringsten Geruch nachzulassen, verschwunden** und hat im Gegensatz zu allen bisherigen Fleckwassern, **angenehm ätherisch-aromatischen Geruch.** Da es desbalb den Konsumenten bei der Anwendung nicht lästig fällt und zugleich das **billigste** aller Reinigungsmittel ist, so hat es sich überraschend schnell die Gunst des Publikums erworben.
Die neue Berliner Fleckwasser-Fabrik von **C. Röstel,** Stralauer Straße 48.
Flaschen zu 2$\frac{1}{2}$, 4, 7$\frac{1}{2}$, 12$\frac{1}{2}$ Sgr. sind außer an vielen Orten zu haben in Thorn bei
C. W. Spiller,
Droguen- u. Farbenhandlung.

100 starke trockene Strauchhaufen werden Freitag den 8. Februar cr. an der Rubienkower Grenze verkauft durch Bielawy.

Ein gut erhaltener **Flügel** steht zu vermiethen bei **A. Baerwald.**

Heute Abend 8 Uhr Turnen.
Zahlreicher Besuch wird gewünscht.

Gerechte Straße Nr. 110 ist ein möblirtes Zimmer sofort zu vermiethen.

In meinem Hause St. Annenstraße Nr. 183/84, neben dem Packhof, ist ein großer Keller zum Waarenlager sich eignend, zu vermiethen.
Ernst Schwartz.

Holzauction.

Den $\frac{26. \text{ Januar}}{7. \text{ Februar}}$ 1867, Mittags 12 Uhr, findet in der Hauptstadt **Warschau,** im Bureau der Commission der Finanzen eine **öffentliche Holzauction** durch versiegelte Declarationen statt
Die zu obigem Verkaufe bestimmte Holzpartie, im **Plockischen Gouvernement** und im Reviere **„Nowogrod"** des Staats-Unterforstamts Ciechocin am Drewenz-Fluß befindlich, enthält laut letzter Staatsforstkartirung im Ganzen 219 Morgen 98 Ruthen Waldfläche und besteht aus **verschiedenen Holzarten.** Schätzung 13,000 Silb. Rubel 87 Cop. — Die näheren und speciellen Licitations- und Verkaufsbedingungen sind in **Warschau** im Bureau der Commission der Finanzen, oder im Bureau des Gouvernement **Plock** (Stadt Plock), auch im Forstamte **Ciechocin** selbst in **Olszowka bei Lubiez** durchzusehen.

Ein gesticktes **Battist-Taschentuch** mit dem Namen **Meta** und ein leinenes gezeichnet **M. M.** ist auf dem Wege zum Artushof verloren gegangen. Gegen angemessene Belohnung abzugeben Breitestraße Nr. 85, 2 Treppen hoch.

Wohnungen zu vermiethen Neustadt 287.
Die Bel-Etage bestehend aus 5 Stuben nebst allem Zubehör, auch Pferdestall oder die Parterre-Wohnung ist vom 1. April zu vermiethen.
Louis Kalischer.

Die Wohnung in meinem Hause, welche bisher Herr Gutsbesitzer **Schönfeldt** bewohnt hat, ist vom 1. April ab zu vermiethen.
Bromb.-Vorst. Nr. 2.
A. Lohmeyer.

1 möbl. Zimmer verm. **W. Henius.**

Die Beletage bestehend aus 4 Zimmern nebst Zubehör ist vom 1. April ab zu vermiethen. Näheres Neustadt Nr. 6.

Eine Parterre-Wohnung von 2 Stuben, Kabinet und Zubehör steht in meinem Hause Tuchmacherstraße Nr. 173 vom 1. April zur Miethe frei.
B. Goltz.

In meinem Hause Altstadt Nr. 430 ist die Wohnung, zwei Treppen hoch, bisher von Herrn Justizrath **Meyer** bewohnt, vom 1. April cr. zu vermiethen.
A. Baerwald.

Stadttheater in Thorn.
Mittwoch, den 30. Januar. Zum Benefiz für Herrn **Ernst Kanzler. „Erziehung macht den Menschen."** Lebensbild in 5 Abtheilungen von C. A. Görner.
Obiges Lebensbild ist eines der besten Erzeugnisse der neuesten Theater-Literatur. Ich kann daher in Wahrheit einen genußreichen Abend versprechen und bitte um recht zahlreichen Besuch.
Ernst Kanzler.
Donnerstag, den 31. Januar. Gastspiel der berühmten Herzogl. Hofschauspielerin **Fr. Bethge-Thrun** vom Herzogl. Hoftheater in Schwerin. **„Donna Diana."** Lustspiel in 5 Akten aus dem Spanischen von West.
Die Direktion.

Verantwortlicher Redakteur Ernst Lambeck — Druck und Verlag der Rathsbuchdruckerei von Ernst Lambeck.